

## Statement von Lisa Paus zur SF CbCR

„Es ist keinem Normalbürger zu vermitteln, dass ein Konzern wie Starbucks praktisch keine Steuern zahlt, der Bäcker an der Ecke aber sehr wohl. Internationale Konzerne schaffen das, in dem sie ihre Tätigkeit in verschiedene Bereiche aufteilen und in unterschiedlichen europäischen Ländern versteuern – vorzugsweise in denen, in denen die Steuern für diesen Bereich besonders günstig sind. Dieses unsoziale Spiel der Konzerne wäre durch die Pflicht zur Veröffentlichung ihrer Bilanzen nach Land – das öffentliche Country-by-Country-Reporting - schnell eingedämpft. Doch das CbCR fand bei der letzten Abstimmung darüber in Brüssel keine Mehrheit.

Doch jetzt haben sich die Mehrheitsverhältnisse verändert: CbCR fände sehr wahrscheinlich eine Mehrheit – und der unsozialen Steuerumgehung der Konzerne wäre ein Riegel vorgeschoben. Die Bundesregierung müsste CbCR nur im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft auf die Tagesordnung setzen. Doch das will sie nicht wie die Antwort auf unsere schriftliche Frage zeigt. Nach den Bekundungen von Scholz unterstütze das BMF zwar grundsätzlich die Einführung des öffentlichen CbCR – es ist jedoch nicht zu erkennen, dass es sich auch für dessen Einführung einsetzt.

Das wirkt wie ein Deja-Vu, bei dem Finanzminister Scholz die Rolle seines Amtsvorgängers Schäuble bei der Finanztransaktionssteuer übernommen hat. Vor den Kameras sagen, man wäre ja dafür, die Steuervermeidung der Konzerne endlich zu stoppen – hinter geschlossenen Türen aber eher den Bremser geben.

Die Kritiker der Veröffentlichungen der Daten durch CbCR argumentieren immer mit Wettbewerbsnachteilen. Dabei sieht der Vorschlag der EU ja die Möglichkeit vor, bestimmte Angaben auf Antrag auszunehmen, wenn diese besonders sensible Daten offenbaren. Hier scheint es an Engagement und Willen zu fehlen, die Koalition und das Kabinett auf eine einheitliche Linie zu bringen.

Wenn die Bundesregierung CbCR nicht auf die Tagesordnung setzt, wäre damit die Chance verpasst als größte Volkswirtschaft der EU mit gutem Beispiel voranzugehen. Würde Deutschland vorangehen, wäre die Unterstützung in der EU praktisch sicher. Darüber hinaus braucht es gerade in den Zeiten der Pandemie mit umfassenden Rettungs- und Hilfspaketen die Solidarität aller. Deshalb kann es nicht sein, dass man weiterhin zuschaut, wie die Konzerne in aller Ruhe ihre „Steuerlast optimieren“.

### Kurzzitat:

Vor Kameras sagt Olaf Scholz er wäre dafür, die Steuervermeidung der Konzerne zu stoppen – hinter geschlossenen Türen bremst er das öffentliche Country-by-Country-Reporting aus. Wenn der Finanzminister – vorgeblich wegen der Union - schon dem nicht zustimmen wird, dann soll er es wenigstens auf die Tagesordnung setzen: um der jetzt sehr wahrscheinlichen EU-Mehrheit dafür nicht im Weg zu stehen.